

Vorlage		<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich		
		<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Vorlage-Nr.:	362/18
Der Bürgermeister Fachbereich:	zur Vorberatung an:	<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss		
Recht/ Beteiligungsmanagement		<input checked="" type="checkbox"/> Finanzausschuss		
		<input type="checkbox"/> Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss		
		<input type="checkbox"/> Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss		
		<input type="checkbox"/> Bühnenausschuss		
		<input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat:		
Datum: 2. Juli 2018	zur Unterrichtung an:	<input type="checkbox"/> Personalrat		
	zum Beschluss an:	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss am:		
		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung am:	13. September 2018	

Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt für das Geschäftsjahr 2017

Beschlussentwurf:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Schwedt für das Geschäftsjahr 2017 zu entlasten.

Finanzielle Auswirkungen:				
<input checked="" type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt		
<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>sind</u> im Haushaltsplan eingestellt.	<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>werden</u> in den Haushaltsplan eingestellt.			
Erträge:	Produktkonto:	Aufwendungen:	Produktkonto:	Haushaltsjahr:
Einzahlungen:	Auszahlungen:			
<input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nicht</u> zur Verfügung. <input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nur in folgender Höhe</u> zur Verfügung: <input type="checkbox"/> <u>Mindererträge/Mindereinzahlungen</u> werden in folgender Höhe wirksam: Deckungsvorschlag:				
Datum/Unterschrift Kämmerer Riccardo Tonk				

Bürgermeister
Jürgen Polzehl

Beigeordnete
Annekathrin Hoppe

Fachbereichsleiter/in
Viola Wiesejahn

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am
Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

F.d.R.d.A.

Begründung:

Dem Verwaltungsrat gehören an:

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Stellvertretender Vorsitzender

Lichtenberg, Wolfgang

Mitglieder

Barsch, Detlef

Engelmann, Kai

Grunwald, Elke

Giese, Jutta

John, Lars

Kirsch, Ingeborg

Monzert, Enrico

Stellvertretende Mitglieder

Ohlbrecht, Jörg

Schindler, Frank

Nadje, Michael

Gemäß § 6 Absatz 2 Nr. 5 i. V. m. § 26 Absatz 4 Satz 1 BbgSpkG beschließt die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder über die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt.

Im Gegensatz zu den Vorjahren findet keine Abstimmung über die einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates statt. Der Verwaltungsrat wird als Gesamtgremium entlastet.

Grund ist die Änderung des § 26 Absatz 4 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes vom 20. März 2018.

Mit dem Änderungsgesetz zum Brandenburgischen Sparkassengesetz vom 20. März 2018 wurden im § 26 Absatz 4 die Worte „der einzelnen Mitglieder“ gestrichen.

Die alte Fassung lautete:

„Über die Entlastung **der einzelnen Mitglieder** des Verwaltungsrats beschließt die Vertretung des Trägers. Ein Mitglied des Verwaltungsrats, welches der Vertretung des Trägers angehört, darf bei der Beschlußfassung über seine Entlastung nicht mitwirken. Dieses gilt auch für ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats, welches in dem Geschäftsjahr an den Beschlüssen des Verwaltungsrats mitgewirkt hat. Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.“

Die neue Fassung lautet:

„Über die Entlastung des Verwaltungsrats beschließt die Vertretung des Trägers. Ein Mitglied des Verwaltungsrats, welches der Vertretung des Trägers angehört, darf bei der Beschlußfassung über seine Entlastung nicht mitwirken. Dieses gilt auch für ein stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats, welches in dem Geschäftsjahr an den Beschlüssen des Verwaltungsrats mitgewirkt hat. Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.“

Ein Verwaltungsratsmitglied bzw. ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied, welches der Stadtverordnetenversammlung angehört, darf bei der Beschlussfassung nicht mitwirken.

Die Entlastung enthält keinen Verzicht auf etwaige Ersatzansprüche.

Der Verwaltungsrat tagte im Jahr 2017 insgesamt sechsmal.

Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Schwedt hat am 22. Mai 2018 den geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 mit einer Bilanzsumme von 529.066.143,23 EUR und einem Bilanzgewinn von 324.279,96 EUR festgestellt.

Gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 7 des BbgSpkG hat der Verwaltungsrat am 22. Mai 2018 über die Verwendung des Bilanzgewinns wie folgt entschieden.

Im Hinblick auf die Erwartung zukünftig höherer Eigenkapitalanforderungen an die Stadtparkasse Schwedt durch die Bankaufsicht erfolgt keine Zuführung an den Träger.

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 von 324.279,96 EUR wird in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Als Anlage werden dieser Vorlage die Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017, der Anhang und Lagebericht beigelegt.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		12.816.660,88		10.701
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		10.090.193,07		7.329
			22.906.853,95	18.029
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		16.258.075,22		3.179
b) andere Forderungen		10.122.765,75		15.122
			26.380.840,97	18.301
4. Forderungen an Kunden			234.269.062,84	232.401
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	92.858.463,75	EUR		(92.230)
Kommunalkredite	23.022.675,86	EUR		(25.659)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		30.594.673,29		38.738
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	30.594.673,29	EUR		(28.453)
bb) von anderen Emittenten		117.660.165,12		136.802
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	117.660.165,12	EUR		(120.663)
			148.254.838,41	175.539
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			148.254.838,41	175.539
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				93.971
6a. Handelsbestand				93.971
7. Beteiligungen				0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	5
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			0,00	0
darunter:				
Treuhandkredite	0,00	EUR		(0)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		2.917,00		2
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			2.917,00	2
12. Sachanlagen			3.273.464,96	2.088
13. Sonstige Vermögensgegenstände			681.976,89	662
14. Rechnungsabgrenzungsposten			45.243,36	83
Summe der Aktiva			529.066.143,23	542.021

	EUR	EUR	EUR	31.12.2016 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		60,00		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>9.555.547,40</u>		<u>10.296</u>
			9.555.607,40	<u>10.296</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>131.992.433,61</u>			<u>125.444</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>162.589,09</u>			<u>150</u>
		132.155.022,70		<u>125.594</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>305.388.227,29</u>			<u>314.079</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>22.052.874,08</u>			<u>33.525</u>
		<u>327.441.101,37</u>		<u>347.604</u>
			459.596.124,07	<u>473.198</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
			0,00	<u>0</u>
3a. Handelsbestand				
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter:				
Treuhandkredite	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
			0,00	<u>0</u>
5. Sonstige Verbindlichkeiten			292.419,24	<u>341</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten			10.598,40	<u>16</u>
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>1.711.365,00</u>		<u>1.632</u>
b) Steuerrückstellungen		<u>208.005,00</u>		<u>115</u>
c) andere Rückstellungen		<u>2.627.488,78</u>		<u>2.861</u>
			4.546.858,78	<u>4.608</u>
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			4.189.049,32	<u>4.711</u>
10. Genussschaftskapital			0,00	<u>0</u>
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	<u>0,00</u> EUR			<u>(0)</u>
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			31.870.000,00	<u>30.170</u>
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>18.681.206,06</u>			<u>18.317</u>
		18.681.206,06		<u>18.317</u>
d) Bilanzgewinn		<u>324.279,96</u>		<u>364</u>
			19.005.486,02	<u>18.681</u>
Summe der Passiva			529.066.143,23	<u>542.021</u>

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>5.750.500,83</u>		<u>5.714</u>
Über eine weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeit wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			5.750.500,83	<u>5.714</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>17.483.921,27</u>		<u>21.541</u>
			17.483.921,27	<u>21.541</u>

Lagebericht

1. Rückblick 2017	2
2. Strategie und Geschäftsverlauf.....	4
2.1 Strategie	4
2.2 Geschäftsverlauf.....	5
2.2.1 Bilanzsumme.....	5
2.2.2 Kundengeschäft.....	5
2.2.2.1 Einlagengeschäft.....	5
2.2.2.2 Kundenkreditgeschäft.....	5
2.2.2.3 Dienstleistungsgeschäft.....	6
2.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6
2.2.4 Eigenanlagengeschäft	6
2.2.5 Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren	6
3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	7
3.1 Gewinn- und Verlustrechnung	7
3.2 Gliederung der Ertragspositionen.....	7
3.2.1 Zinsüberschuss.....	8
3.2.2 Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag.....	8
3.2.3 Ordentlicher Aufwand.....	8
3.2.4 Bewertungsergebnis.....	8
3.2.5 Neutrales Ergebnis.....	8
3.2.6 Ertragssteuern	9
3.3. Finanz- und Vermögenslage.....	9
3.4 Zusammenfassende Würdigung	9
4. Risikobericht.....	10
4.1 Risikomanagement	10
4.2 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation	10
4.3 Risikoreporting.....	12
4.4 Adressenrisiken.....	12
4.5 Marktpreisrisiken	14
4.6 Liquiditätsrisiken	15
4.7 Operationelle Risiken	15
4.8 Beurteilung der Risikolage	16
5. Prognose- und Chancenbericht	17
5.1 Perspektiven 2018.....	17
5.2 Kreditwirtschaft in Deutschland	18
5.3 Prognosebericht für das Geschäftsjahr 2018	18
5.4 Ausblick.....	19
5.5 Chancen- und Risikenbericht	20

1. Rückblick 2017¹

Deutschland erreichte mit 2,2 Prozent Wachstum wieder einen hervorragenden Wert

Laut der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes erreichte die deutsche Wirtschaft 2017 ein Wachstum von 2,2 Prozent. Dieser Produktionszuwachs ist umso beachtlicher, als 2017 aufgrund der Lage der Feiertage drei Arbeitstage weniger zur Verfügung standen als im Jahr zuvor.

Der Aufschwung wurde vor allem von der Binnenwirtschaft getragen. Aber in dem freundlichen Umfeld der wachsenden Weltwirtschaft und insbesondere aufgrund des beschleunigten Wachstums bei den engsten Handelspartnern im Euroraum konnte auch der deutsche Außenhandel erneut einen Wachstumsanteil beisteuern.

Sowohl die Exporte als auch die Importe erhöhten sich mit preisbereinigten Raten von 4,7 bzw. 5,2 Prozent sehr deutlich. Der Außenhandelsüberschuss Deutschlands blieb 2017 auf seinem sehr hohen Niveau, das aus dem Ausland häufig kritisiert wird. Doch ist dieser Saldo vor allem ein Marktergebnis, nicht Ausdruck von wirtschaftspolitischen Interventionen. Aufgrund stärker steigender Importpreise im Vergleich zu den Exportpreisen reduzierte sich in nominaler Betrachtung der Saldo leicht um 2,5 Mrd. Euro. Der im Jahr 2017 erzielte nominale Außenhandelsüberschuss von gut 248 Mrd. Euro entsprach 7,6 Prozent des nominalen BIP.

Investitionen sind 2017 angesprungen und wuchsen stärker als das BIP

2017 erhöhten sich die Bruttoanlageinvestitionen real um 3,0 Prozent. Stärkste Teilkomponente waren die Ausrüstungsinvestitionen mit einem realen Zuwachs um 3,5 Prozent. Aber auch die Bauinvestitionen legten mit 2,6 Prozent deutlich zu, darunter mit 3,1 Prozent die Teilkomponente der Wohnbauten überproportional. Dabei geht das anhaltend hohe Nachfragewachstum angesichts von Engpässen sowohl beim Bauland als auch bei den Produktionskapazitäten der Bauindustrie neben der Volumenausweitung zunehmend in die Preise.

Wachsender Konsum stützt sich auf neues Rekordniveau am Arbeitsmarkt

Der private Konsum hat sich 2017 um real 2,0 Prozent ausgeweitet und ist somit in annähernd gleichem Tempo wie schon im vorangegangenen Jahr gewachsen. In laufenden Preisen erhöhten sich die privaten Konsumausgaben um 3,8 Prozent, d. h. in annähernd gleichem Ausmaß wie die nominalen verfügbaren Einkommen der Haushalte mit einem Plus von 3,9 Prozent. Die Sparquote der privaten Haushalte blieb somit – trotz der anhaltenden Nullzinsphase – konstant bei 9,7 Prozent.

2017 ist die Zahl der Erwerbstätigen noch einmal um rund 1,5 Prozent gestiegen auf jahresdurchschnittlich 44.276.000 mit Arbeitsort im Inland. Die Arbeitslosenquote ist weiter gesunken auf 5,7 Prozent im Mittel des Jahres 2017 und hat somit den niedrigsten Stand Gesamtdeutschlands seit der Wiedervereinigung erreicht.

Moderater Preisauftrieb hielt Geldpolitik der EZB auf Expansionskurs

Auf die Güterpreise haben die stärker ausgelasteten Produktionskapazitäten und zunehmenden Engpässe am Arbeitsmarkt bisher wenig durchgeschlagen. Vielmehr blieb die Preisdynamik entgegen der sehr guten Konjunktursituation weiterhin moderat. Im Jahresdurchschnitt sind die Verbraucherpreise in Deutschland per nationaler Definition um 1,8 Prozent gestiegen. Im Euroraum war der Anstieg mit 1,5 Prozent schwächer und lag deutlicher unter der Zielmarke der Europäischen Zentralbank. Die EZB verweist außerdem

¹ DSGVO-Rundschreiben „Gesamtwirtschaftlicher Jahresrückblick und –ausblick“

auf die 2017 noch schwächere Kernrate der Preisentwicklung (ohne Energie und Lebensmittel: 1,3 Prozent in Deutschland und 1,0 Prozent im Euroraum).

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Zentralbank ihre Leitzinsen 2017, insbesondere die Verzinsung für Guthaben der Geschäftsbanken auf der Einlagefazilität und für Überschussreserven bei der schon seit März 2016 geltenden Negativverzinsung von –0,4 Prozent nicht verändert. Die Ankaufprogramme von Wertpapieren – hauptsächlich Staatsanleihen, eine Beimischung von Unternehmensanleihen, Covered Bonds und Asset Backed Securities – wurde 2017 fortgesetzt. Zunächst erfolgten Nettokäufe von 80 Mrd. Euro monatlich, dann ab April 2017, wie bereits Ende 2016 beschlossen, mit 60 Mrd. Euro monatlich. Die konsolidierte Bilanzsumme des Eurosystems weitere sich dadurch zum Ende 2017 auf rund 4,5 Bio. Euro, einem historischen Höchststand aus.

Die längerfristigen Kapitalmarktzinsen entwickelten sich im Euroraum 2017 per Saldo seitwärts. Nach Tiefständen im Februar erreichten die Umlaufrenditen am Jahresende 2017 ähnliche Niveaus wie zu Jahresbeginn. Bei deutschen Bundesanleihen lagen Restlaufzeiten mit bis zu sechs Jahren durchgängig bei einer Negativverzinsung. Die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen bewegten sich nach Tiefständen im Februar 2017 die meiste Zeit des Jahres in der Spanne zwischen 0,3 und 0,5 Prozent (plus), am Jahresende an deren oberem Rand.

An den Devisenmärkten steigerte der Euro im Jahresverlauf seinen Außenwert. Obwohl sich die transatlantische Zinsdifferenz durch mehrere Leitzinsanhebungen der Federal Reserve zu Gunsten des US-Dollar ausweitete, konnte der Euro im bilateralen Wechselkurs zum Dollar 2017 rund 15 US-Cent gutmachen. Zum Jahreswechsel 2017/2018 erreichte er die Marke von 1,20 US-Dollar/Euro.

Deutsche Staatsfinanzen mit steigenden Überschüssen

Im vierten Jahr in Folge hat der deutsche Gesamtstaat in der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, bestehend aus Bund, Ländern und Sozialversicherungen einen Finanzierungsüberschuss erzielt. Alle Ebenen hatten – in ihren jeweiligen Aggregaten – daran Anteil. Der Positivsaldo des Gesamtstaates betrug gemäß erster Schätzung 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Durch diese Überschüsse, aber auch durch das Wachstum des BIP selbst, reduzierte sich die Bruttoschuldenquote des Staates weiter recht deutlich. Sie sank für Deutschland gemäß erster amtlicher Schätzung Ende 2017 auf 64,8 Prozent des BIP. Damit kommt für Deutschland als einem von wenigen Ländern im Euroraum und als einzigem unter den großen Mitgliedsstaaten allmählich die Schuldengrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 60 Prozent des BIP in Sichtweite.

2. Strategie und Geschäftsverlauf

2.1 Strategie

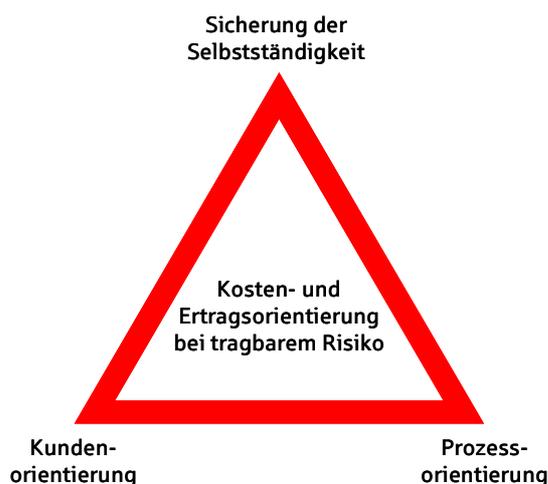
Die Stadtsparkasse Schwedt ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Schwedt.

Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen und ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (OSV).

Die Stadtsparkasse Schwedt agiert in einem Geschäftsgebiet, das weiterhin durch Bevölkerungsrückgang, steigenden Altersdurchschnitt der Bewohner sowie hohe, aber sinkenden Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Fachkräftemangel und ein zuletzt positiver Wanderungsgewinn deuten im Jahr 2017 jedoch auf eine Trendänderung hin.

Ziel der Geschäftsstrategie ist es vor diesem Hintergrund, die Selbstständigkeit der Sparkasse langfristig und nachhaltig zu sichern. Die Erfüllung des öffentlichen Auftrags im Sinne von § 2 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes, insbesondere die Finanzierung und Begleitung kleiner und mittelständischer Unternehmen, steht dabei ebenfalls weiterhin im Vordergrund. Die Risikodeckungsmasse der Stadtsparkasse Schwedt wird dementsprechend möglichst im Kundenkreditgeschäft eingesetzt.

Unter dem Leitbild „fair, günstig, gut“ stehen die nachfolgenden Unternehmensziele unverändert im Fokus der geschäftspolitischen Aktivitäten der Sparkasse:



Die Geschäftsstrategie wurde durch die Abgrenzung von Geschäftsfeldern für die Marktbearbeitung vertieft. Diese werden im Rahmen von Marktbearbeitungsstrategien differenziert betreut.

Dabei ist die sorgfältige Ermittlung der Kundenbedürfnisse Basis des Vertriebs. Mit Blick auf die hohe Marktausschöpfung soll so das Ertragspotential im Kundenbestand noch besser erschlossen werden.

Zur Optimierung der Organisation der Sparkasse sollen alle Prozesse so schlank wie möglich und dabei kunden- und vertriebsorientiert sein. Erfolgreiche und bewährte Konzepte des Rechenzentrums und der Sparkassenverbände werden grundsätzlich übernommen, Individualisierungen oder Eigenentwicklungen unterbleiben soweit wie möglich.

Eine konsequente Personalpolitik trägt den steigenden Anforderungen der Kunden, aber auch der diversen Aufsichtsbehörden Rechnung. Diese Anforderungen führen zwangsläufig und unmittelbar auch zu steigenden Anforderungen an die Mitarbeiter der Sparkasse. Die

Personalpolitik der Sparkasse wird auf Basis einer Personalstrategie gesteuert, mit der langfristig der qualitative und quantitative Personalbedarf gesichert werden soll.

Zum Jahresende 2017 beschäftigte die Sparkasse 85 Mitarbeiter (nach Köpfen), deren Qualifikation dem individuellen Anforderungsprofil der ausgeübten Tätigkeit entspricht.

Zudem bildete die Stadtparkasse Schwedt 8 Auszubildende (Jahresende 2017) aus.

Alle wesentlichen strategischen Ziele der Sparkasse werden im Rahmen eines Strategiecontrollings überwacht. Das Strategiecontrolling umfasst nicht nur die im Rahmen des DSGVO-Risikomonitorings zu erreichenden betriebswirtschaftlichen Werte, sondern auch Kennziffern aus Kundenperspektive, Mitarbeiterperspektive und Prozessperspektive. Als nicht-finanzielle Leistungsindikatoren werden in diesem Zusammenhang u. a. Kundenzufriedenheit und Mitarbeiterzufriedenheit ausgewertet. So ist gewährleistet, dass Vorstand und Verwaltungsrat die Strategieumsetzung sowie die strategische Zielerreichung verfolgen und ggf. diesbezügliche Entscheidungen treffen können.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Stadtparkasse Schwedt beträgt zum 31. Dezember 2017 529,1 Mio. EUR. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 13,0 Mio. EUR bzw. 2,4 %. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Kundenverbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit sowie dem Abfluss gewerblicher Sichteinlagen im Zuge der Einführung von Verwarentgelten. Auf der Aktivseite stiegen die Brutto-Kundenforderungen (nach den Zahlen der Statistik „Geschäftsentwicklung“) um 3,4 Mio. EUR. Im Gegenzug verringerte sich die Eigenanlagen aufgrund des Kundeneinlagenabflusses um 29,0 Mio. EUR.

2.2.2 Kundengeschäft

2.2.2.1 Einlagengeschäft

Die Kundeneinlagen nahmen stichtagsbezogen deutlich um 14,1 Mio. EUR (- 3,0 %) auf 463,8 Mio. EUR ab. Dieser Rückgang liegt etwas über dem geplanten Rückgang der Kundeneinlagen für das Geschäftsjahr 2017.

Die Spareinlagenbestände haben sich weiter erhöht (+ 6,6 Mio. EUR). Im Zuge der anhaltenden Verunsicherung hinsichtlich der künftigen Zinsentwicklung ist die deutliche Präferenz der Kunden zu kurzfristig verfügbaren Einlagen unverändert spürbar. Durch die Einführung von Verwarentgelten für gewerbliche Sichteinlagen und Geldmarktkonten sind die kurzfristigen Einlagen der Kunden (Sichteinlagen und Geldmarktkonten) im Jahr 2017 um 8,7 Mio. EUR (-2,8 %) zurückgegangen. Bei den Sparkassenbriefen und anderen befristeten Einlagen ist insgesamt ein Rückgang um 11,5 Mio. EUR zu verzeichnen (-34,2 %).

2.2.2.2 Kundenkreditgeschäft

Das gesamte Bruttokreditvolumen (nach den Zahlen der Statistik "Geschäftsentwicklung") erhöhte sich um 3,4 Mio. EUR auf 237,6 Mio. EUR. Der Anstieg fiel damit etwas geringer als geplant aus. Von dem Gesamtbestand entfallen 118,3 Mio. EUR auf Privatpersonen, 98,8 Mio. EUR auf Unternehmen und Selbständige (davon 17,5 Mio. EUR Schuldscheindarlehen) sowie 18,7 Mio. EUR auf öffentliche Haushalte und sonstige Kreditnehmer (davon 1,5 Mio. EUR Schuldscheindarlehen).

Im Jahr 2017 sagte die Stadtparkasse Schwedt neue Darlehen mit einem Volumen von 36,5 Mio. EUR zu (Vorjahr 46,2 Mio. EUR)².

Die Darlehenszusagen an Privatpersonen sind auf 17,9 Mio. EUR gesunken. Dabei verringerten sich die Konsumentenkreditzusagen leicht um 1,2 Mio. EUR, die Zusagen für Wohnungsbaufinanzierungen sanken deutlich um 11,7 Mio. EUR. Die Zusagen an Unternehmen liegen dagegen 3,5 Mio. EUR über dem Vorjahr (insgesamt 18,5 Mio. EUR)².

Schwerpunkte des gewerblichen Kreditportfolios liegen, wie auch in den Vorjahren, in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und kommunalnahe Unternehmen. Konjunktur- und strukturbedingt verbinden sich mit diesen Branchen zum Teil besondere Risiken. Der Anteil der Brutto-Kundenkredite an der Bilanzsumme (nach den Zahlen der Statistik „Geschäftsentwicklung“) liegt mit 44,6 % über dem Durchschnittswert der Brandenburgischen Sparkassen (42,4 %).

2.2.2.3 Dienstleistungsgeschäft

Der Nettoabsatz an Kunden im Wertpapiergeschäft übertrifft mit 7,5 Mio. EUR wiederum deutlich das Vorjahresniveau (6,6 Mio. EUR)².

Die Bestände in den Wertpapierdepots der Kunden verringerten sich leicht um 0,3 Mio. EUR auf 19,4 Mio. EUR. Die Bestände der DekaBankDepots erhöhten sich dagegen wiederum deutlich um 9,3 Mio. EUR auf 71,8 Mio. EUR.

Das Vermittlungsgeschäft für Immobilien, Bausparen und Versicherungen lagen deutlich unter dem Ergebnis des Vorjahres und den Planwerten.

Am Markt konnten erhöhte Kontoführungspreise durchgesetzt werden.

2.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,7 Mio. EUR auf 9,6 Mio. EUR.

2.2.4 Eigenanlagengeschäft

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen verringerte sich deutlich um 29,0 Mio. EUR auf 240,6 Mio. EUR und liegt damit über dem geplanten Rückgang. Hervorzuheben ist unverändert ein Spezialfonds mit einem Gesamtbuchwert von 80,6 Mio. EUR (Vorjahr 78,8 Mio. EUR).

2.2.5 Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Sicherung der Qualität der Mitarbeiter hat die Sparkasse im Jahr 2017 pro Mitarbeiter durchschnittlich 1,3 TEUR für Weiterbildungsmaßnahmen investiert. Dieser Betrag liegt oberhalb der Planung.

² Statistik "Geschäftsentwicklung"

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der Ertragslage war wiederum zufriedenstellend. Das Betriebsergebnis vor Bewertung verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,51 Mio. EUR. Gemessen an der Planung für das Jahr 2017 liegt das Betriebsergebnis vor Bewertung deutlich über dem geplanten Niveau.

Das positive Bewertungsergebnis von 0,15 Mio. EUR lag deutlich oberhalb des Vorjahresniveaus. Sowohl das Bewertungsergebnis der Eigenanlagen als auch das Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft weisen positive Beträge aus. Einlösungs- und realisierte Kursgewinne sowie die Auflösung von PWB führten zu diesem Ergebnis.

Nach Abzug des Steueraufwandes verbleibt ein verfügbarer Gewinn von 3,02 Mio. EUR (+ 0,04 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr).

Die Cost-Income-Ratio des Geschäftsjahres 2017 beträgt 68,8 % (Vorjahr 66,1 %), deutlich besser als der geplante Wert von 71,4 %.

3.2 Gliederung der Ertragspositionen

Die Ertragslage wird in der nachfolgenden Gliederung dargestellt:

Position	31. Dez. 2016 in Mio. EUR	31. Dez. 2017 in Mio. EUR
Zinsüberschuss	10,67	9,83
Provisionsüberschuss/ sonst. ordentliche Erträge	2,83	3,20
Summe ordentliche Erträge	13,50	13,03
Summe ordentliche Aufwendungen	-8,93	-8,97
<u>Betriebsergebnis I (vor Bewertung)</u> (inkl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften)	4,57	4,06
Summe Bewertungsergebnis	-0,39	0,15
<u>Betriebsergebnis II (nach Bewertung)</u>	4,18	4,21
Neutrales Ergebnis	-0,40	0,07
Ertragssteuern	-0,79	-1,26
<u>Verfügbarer Gewinn</u>	2,98	3,02

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

3.2.1 Zinsüberschuss

Im Vergleich zum Vorjahr sind sowohl der Zinsertrag als auch der Zinsaufwand gesunken. Der Zinsüberschuss liegt auf der Prognose der Sparkasse.

3.2.2 Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag

Der Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,37 Mio. EUR erhöht und liegt damit über der Planung der Sparkasse. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Preiserhöhung für Privatgirokonten. Das Vermittlungsgeschäft aus Bausparen, Versicherungen und Immobilien lag deutlich unter dem Vorjahres- und auch unter dem Planwert. Der Provisionsertrag aus dem Wertpapiergeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht und liegt annähernd auf dem geplanten Niveau. Der Ertrag aus Wertpapierleihegeschäften hat den geplanten Ertrag deutlich überschritten.

3.2.3 Ordentlicher Aufwand

Der Personalaufwand liegt auf dem Vorjahresniveau und leicht über den Planungen der Sparkasse.

Die Sachaufwendungen entsprechen dem Stand des Vorjahres und liegen deutlich unterhalb der Planung für das Jahr 2017. Im Jahr 2017 hat die Sparkasse das Leasingmodell für das Hauptstellengebäude abgelöst und das Gebäude erworben.

3.2.4 Bewertungsergebnis

Für das Kundenkreditgeschäft ergibt sich ein positives Bewertungsergebnis.

Die Stadtsparkasse Schwedt hat, wie auch in den Vorjahren, die gesamten Eigenanlagebestände nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Insgesamt führte dies zu einem positiven Bewertungsergebnis von 0,09 Mio. EUR. Bewertungsaufwendungen aus Adressenausfällen im Eigenanlagegeschäft bestehen nicht.

Aus den Beteiligungen der Sparkasse resultiert kein Bewertungsergebnis.

Insgesamt wurde das geplante Risikobudget von 1,30 Mio. EUR eingehalten.

3.2.5 Neutrales Ergebnis

Das neutrale Ergebnis liegt mit +0,07 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahresergebnis. Dies resultiert im Wesentlichen aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

3.2.6 Ertragssteuern

Insgesamt ergibt sich ein Betriebsergebnis vor Steuern von 4,28 Mio. EUR. Die darauf entfallenden Ertragssteuern belaufen sich auf 1,26 Mio. EUR, davon 0,52 Mio. EUR Gewerbesteuer.

3.3. Finanz- und Vermögenslage

Die Finanz- und Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet und solide.

Nach dem Beschluss über die Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2017 wird sich die Sicherheitsrücklage voraussichtlich auf 19,00 Mio. EUR (+ 1,71 %) erhöhen. Daneben verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. So wird die Sparkasse eine Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB in Höhe von 1,70 Mio. EUR vornehmen.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel gemäß CRR – bezogen auf die Eigenmittelanforderungen per 31. Dezember 2017 – überschreitet – wie auch in den Vorjahren – mit 19,80 % deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8,00 %. Die Kernkapitalquote der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2017 19,16 %. Im Rahmen des SREP-Bescheids wurde der Sparkasse ein harter SREP-Zuschlag von 1,75 % zugewiesen. Diese erhöhten Kapitalanforderungen werden durch die Sparkasse bereits gegenwärtig erfüllt.

Die Kapitalrendite gemäß § 26 a KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,06 %. Eine entsprechend berechnete Kennzahl unter Einbeziehung der Zuführung aus dem verfügbaren Gewinn in den Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 0,38 %. Die Basis für eventuelle künftige Geschäftsausweitungen sowie höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen ist gegeben.

Die Sparkasse verfügt über stille Reserven nach § 26 a KWG (a. F.) und § 340 f HGB. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den erkannten Risiken im Kredit- und Eigenanlagengeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr auf Grund einer angemessenen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Grundsätze über Eigenkapital und Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Zugesagte Kreditlinien von anderen Kreditinstituten bestehen nicht. Die LCR (deIVO) beträgt 301,83 % zum 31. Dezember 2017.

3.4 Zusammenfassende Würdigung

Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt zufriedenstellend verlaufen. Der Vorstand ist mit der wirtschaftlichen Lage der Sparkasse zufrieden. Die Eigenmittel konnten, wie in den Vorjahren, gestärkt werden. Zudem ist ein hoher Bestand an Liquidität vorhanden.

4. Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Die im Rahmen dieses Berichtes betrachteten Risiken definiert die Stadtparkasse Schwedt folgendermaßen:

- **Adressenrisiken**
Unter Adressenrisiken versteht man die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen einer Person oder Unternehmung Verluste für die Stadtparkasse Schwedt entstehen. Diese Risiken bestehen insbesondere in Form von Bonitätsverschlechterungs- und Ausfallrisiken im Eigenanlagegeschäft sowie Ausfallrisiken im gewerblichen Kundenkreditgeschäft der Sparkasse. Auf Gesamtbankebene ist zusätzlich der Grad der Diversifikation des Kreditportfolios entscheidend (Strukturrisiko).
- **Marktpreisrisiken**
Unter dem Marktpreisrisiko versteht man mögliche Wertverluste bei Finanzanlagen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Aktien-, Immobilien- und Fremdwährungskursen eintreten können. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungs- (31. Dezember) oder Realisationsstichtag zu Abschreibungen führen oder bei barwertiger Betrachtung zu einer Barwertminderung. Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch als Teil der Marktpreisrisiken bestehen in der, aus einer Änderung des Marktzinses resultierenden, Veränderung der Zinsspanne sowie des Wertes von Finanzinstrumenten des Anlagebuches.
- **Liquiditätsrisiken**
Unter dem Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen, d. h. Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen kann.
- **Operationelle Risiken**
Beim operationellen Risiko handelt es sich um die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

4.2 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Gemäß den Vorgaben der MaRisk sind die Risikostrategien der Stadtparkasse Schwedt konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigen alle wesentlichen Risiken. Neben einer übergreifenden Gesamtrisikostategie hat die Sparkasse Teilstrategien für Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet. Art und Umfang der Risikoübernahme sowie des Umgangs mit den Risiken ergeben sich aus den Aktivitäten in den einzelnen Geschäftsfeldern, welche im Rahmen der Geschäftsstrategie festgelegt wurden.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategien, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation, die Überwachung der Risiken aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Bereich Steuerung/Marktfolge Aktiv, Teilbereich Steuerung der Sparkasse, der dem Marktfolgevorstand zugeordnet ist, übernimmt das operative Risikocontrolling und trägt die Verantwortung für das Risikoreporting aller Risikoarten.

Die operative Risikosteuerung wird in der Sparkasse wahrgenommen durch:

- die Vertriebsbereiche der Sparkasse,
- den Bereich Steuerung/Marktfolge Aktiv, Teilbereich Marktfolge Aktiv sowie
- einen Internen Anlageausschuss.

Ein weiterer Bestandteil des internen Kontrollsystems i. S. der MaRisk ist der Bereich Revision. Durch diesen erfolgt eine regelmäßige Prüfung des Risikomanagementsystems.

Als wesentliche Risiken wurden für die Stadtsparkasse Schwedt Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken definiert.

Die Sparkasse nimmt das Management der Adressen- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor. Diese Risiken werden im Rahmen einer Gesamtrisikotragfähigkeitsberechnung ermittelt und limitiert. Ab dem Jahr 2017 hat die Sparkasse einen Anwendungswechsel vorgenommen und die Spreadrisiken als Bestandteil der Marktpreisrisiken integriert.

Auf Basis der operativen Ertragskraft der Sparkasse und der vorhandenen Reserven nach § 26 a KWG (a. F.) und der Rücklagen nach § 340 g HGB sowie der Sicherheitsrücklage wird das Risikodeckungspotenzial ermittelt. Für das „Risikoszenario“ erfolgt die Definition der maximal einsetzbaren Risikodeckungsmasse, die auf Adressen-, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Vertriebsrisiken verteilt werden. Dabei geht die Sparkasse von einem Going-Concern-Ansatz aus unter Sicherstellung einer Mindesteigenmittelquote von 11 % bzw. einer Harten Kernkapitalquote von mindestens 8,0 %. Für die Betrachtungen im Risikoszenario unterstellt die Sparkasse grundsätzlich einen rollierenden 12-Monats-Zeitraum.

Die Höhe der Limitierung sowie die Auslastung der vergebenen Limite werden regelmäßig im Rahmen von Risikoanalysen überprüft.

Daneben werden auch Stressszenarien für die dominierenden Risikoarten berücksichtigt. Für das Adressenrisiko des Kundenkreditgeschäfts simuliert die Sparkasse die Auswirkungen deutlicher Ratingverschlechterungen bei gleichzeitig erheblichem Werteverfall des Sicherheitenportfolios. Dem Stressszenario für das Adressenrisiko der Eigenanlagen liegt im Einklang mit der Betrachtung des Kundenkreditgeschäfts die Annahme einer deutlichen Ratingverschlechterung zu Grunde. Das Marktpreisrisiko der Sparkasse wird im Stressszenario unter der Annahme starker Erhöhungen der Zinsstrukturkurve bei gleichzeitig deutlichem Werteverfall am Aktienmarkt ermittelt. Zusätzlich betrachtet die Sparkasse die Spreadrisiken des Eigenanlagenportfolios unter der Annahme starker Spreadausweitungen.

Der Stresstest für die Adressenrisiken der Eigenanlagen weist die höchste Risikoausprägung auf.

Entsprechend der Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement betrachtet die Sparkasse auch die Auswirkungen von inversen Stresstests und simuliert einen schweren konjunkturellen Abschwung.

Die beschriebene Herangehensweise ermöglicht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer ertragsorientierten Gesamtbanksteuerung.

Auf diese Weise stellt die Sparkasse sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.

Für das Jahr 2018 hat die Sparkasse eine Überarbeitung der Risikoartendefinition vorgenommen und diese an den Standard der  Rating und Risikosysteme GmbH (SR) angepasst. Das Vertriebsrisiko ist daher nicht weiter ein wesentliches Risiko. Zusätzlich hat die Sparkasse mit dem OPRisk-Schätzverfahren sowie den Standardparametern für das Marktpreisrisiko weitere organisationsweite Standardverfahren implementiert.

4.3 Risikoreporting

Der Gesamtvorstand sowie der Verwaltungsrat der Sparkasse werden regelmäßig umfassend über die Risikotragfähigkeit, die Risiken i. S. der MaRisk sowie die Limitauslastung informiert.

Der Bericht über die Risikotragfähigkeit der Sparkasse wird vierteljährlich erstellt. Über die einzelnen Risikoarten wird in spezifischen Einzelreports berichtet. Abhängig von der Bedeutung der Risikoarten werden quartalsweise Risikoberichte, sowie zum Teil monatliche und wöchentliche Teilauswertungen erstellt. Diese werden dem Gesamtvorstand sowie den verantwortlichen Bereichen zur Verfügung gestellt.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse erhält vierteljährliche Risikoberichte. Die Berichterstattung zum Operationellen Risiko erfolgt in jährlichem Rhythmus. Verantwortlich für das Risikoreporting sowie die angewandten Methoden ist der Bereich Steuerung/Marktfolge Aktiv, Teilbereich Steuerung.

Neben dem periodischen Managementreporting existieren zusätzlich Regelungen für ein Ad-hoc-Frühwarnsystem.

4.4 Adressenrisiken

Diese Risiken bestehen insbesondere in Form von Bonitätsverschlechterungs- und Ausfallrisiken.

Das Kundenkreditgeschäft fokussiert sich gemäß dem sparkassenrechtlichen Regionalprinzip auf die Stadt Schwedt, insoweit bestehen Konzentrationsrisiken. Durch diverse quantitative und qualitative Steuerungsinstrumente (z. B. gruppeninternes Ratingsystem, Berichtswesen, gegebenenfalls Einschränkungen bei der Kreditvergabe) und die Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement wird ein risikoreduzierender und – begrenzender Einfluss erzielt. Daneben hat die Sparkasse ein System von Limiten zur Risikofrüherkennung struktureller Portfoliorisiken implementiert. So erfolgt eine Überwachung der ungesicherten Kredit- und Darlehensvolumina in potentiell ausfallgefährdeten Risikoklassen. Zur Steuerung der Risikokonzentrationen im Kundenkreditgeschäft nutzt die Sparkasse eine quantitative und qualitative Limitierung von granularitätsrelevanten Adressen.

Die Sparkasse setzt mit dem verbandseinheitlichen Rating der  SR Rating und Risikosysteme GmbH (SR) ein aussagekräftiges Risikoklassifizierungsverfahren zur Beurteilung von Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft ein. Das SR-Rating stellt ein mathematisch-statistisches Beschreibungsmodell dar, das die ausfallrelevanten Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers auf der Basis historischer Erfahrungswerte in eine Bonitätsaussage übersetzt.

Im gewerblichen Kreditgeschäft nutzt die Sparkasse die Segmente Standard-, Immobilien- und KundenKompaktRating. Die Ratingnoten werden mindestens jährlich überwacht. Im Privatkundengeschäft kommen das kundenbezogene Bestands- sowie das anlassbezogene Antragscoring für Konsumentenkredite und Baufinanzierungen zum Einsatz. Neben der laufenden Überwachung der Kundenkredite ist somit bereits bei der Kreditvergabe eine umfassende Risikoanalyse der Kreditkunden gewährleistet. Auf dieser Grundlage befinden sich ca. 96 % des Kundenkreditportfolios in sehr guten bzw. guten Ratingnoten.

Erwartete Sicherheitenerlöse werden anhand von Verwertungsquoten quantifiziert. Diese Verwertungsquoten werden von der  SR Rating und Risikosysteme GmbH bereitgestellt. Die Sparkasse führt eine Validierung der Quoten durch und wendet diese Quoten auf die im Kreditportfolio vorhandenen Sicherheiten an. Die Sparkasse beachtet bei der Sicherheitenbewertung die BelG und hinsichtlich der vorgegebenen Wertansätze und Bewertungsmethoden die Vorgaben der BelwertV.

Die Kreditengagements werden regelmäßig, basierend auf einer vorsichtigen, qualitativen Analyse, dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Soweit der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine zusätzliche außerordentliche Überprüfung. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden Risikovorsorge orientiert sich an dem Forderungssaldo abzüglich der mit dem wahrscheinlichen Realisationswert bewerteten Sicherheiten. Über die Einzelwertberichtigungen hinaus werden bestehende Risiken durch Pauschalwertberichtigungen abgesichert. Ergänzend stehen Vorsorgereserven nach § 26 a KWG a. F. sowie § 340 f HGB zur Verfügung.

Die wirtschaftlich schwierige Lage des Geschäftsgebiets, die durch eine unterdurchschnittliche Kaufkraft, Abwanderung und eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, führt zu einem schwach ausgeprägten Immobilienmarkt in der Region Schwedt. Daher ist eine besonders vorsichtige Bewertung aller Immobiliarsicherheiten erforderlich. Die Beherrschung und Steuerung der Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft ist für die Sparkasse von höchster Bedeutung.

Erhöhte Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft bestehen derzeit nicht.

Adressenrisiken bestehen auch im eigenen Wertpapiergeschäft. Risikokonzentrationen bestehen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe im Landesbankensektor. Auf Grund der Bonität und der vorhandenen Sicherungseinrichtungen geht die Sparkasse hier von geringen Ausfallrisiken aus. Zur Steuerung dieser Risiken dienen vom Vorstand beschlossene Volumenlimite für Emittenten und Wertpapierarten. Den Limitentscheidungen geht ein Votum des Bereichs Steuerung/Marktfolge Aktiv, Teilbereich Steuerung voraus. Für Kaufentscheidungen werden neben dem Rating von Ratingagenturen (S & P, Moody's) auch aktuelle Entwicklungen und eigene Erkenntnisse berücksichtigt. Die Überwachung der Limite erfolgt fortlaufend.

Für die Berechnung des Adressenrisikos setzt die Sparkasse die Anwendung „Credit Portfolio View (CPV)“ der S Rating und Risikosysteme GmbH ein. Damit wird für Kundenforderungen in den Ratingklassen 1 bis 16 der potenzielle Aufwand aus EWB-Neuzuführungen und Direktabschreibungen in Form einer Monte-Carlo-Simulation ermittelt. Wesentliche Bezugsgrößen der Simulation sind die über die Ratingklassen definierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (mittlere einjährige Ausfallwahrscheinlichkeit) der Kreditnehmer bzw. Kreditnehmerverbände, die Höhe der Sicherheiten und Verwertungs- und Einbringungsquoten sowie die Größenklassenstruktur des Kreditportfolios. Die Adressenrisiken der Eigenanlagen werden unter Einbeziehung der Ausfallwahrscheinlichkeiten, Recovery Rates sowie der Wertveränderungen aufgrund von Ratingmigrationen ermittelt. Auf Grund dieser Berechnungen lassen sich bei einem Konfidenzniveau von 95 % die Adressenrisiken auf dem Stand vom 31.12.2017 im Risikoszenario für eine rollierende 12-Monats-Betrachtung mit 2,9 Mio. EUR quantifizieren.

Im Rahmen der selbstverwalteten Bestände erwirbt die Sparkasse ausschließlich Eigenanlagen mit Bonitäten im Investmentgradebereich. Die Sparkasse hält in ihren Direktanlagen keine Unternehmensanleihen oder Staatsanleihen außerhalb der Zone A. Zur Ausnutzung von Diversifikationseffekten erfolgt zusätzlich die Anlage in Corporates- und Emerging-Markets-Fonds.

Die Berichterstattung über die Adressenrisiken der Sparkasse erfolgt entsprechend den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement vierteljährlich gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat der Sparkasse. Zusätzlich erfolgt eine monatliche Überprüfung und Überwachung dieser Limite.

Eigenanlagegeschäfte werden als „Zug um Zug-Geschäfte“ abgewickelt, insofern besteht hier für die Sparkasse kein Kontrahentenrisiko. Swaps befinden sich nicht im Portfolio der Sparkasse.

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit und zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages geht die Sparkasse ausschließlich Beteiligungen mit strategischem Charakter ein. Die Berichterstattung über die Beteiligungsrisiken gegenüber Vorstand und Verwaltungsrat der Sparkasse erfolgt im Rahmen des vierteljährlichen Adressenrisikoberichtes.

4.5 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken werden mit dem Ziel gesteuert, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. Tendenziell führen kurzfristig deutlich steigende Zinsen zu höheren Refinanzierungskosten und zu Bewertungsaufwendungen für im Bestand befindliche festverzinsliche Wertpapiere.

In der Sparkasse werden die Marktpreisrisiken mittels einer Szenariosimulation ermittelt. Unter Berücksichtigung eines rollierenden Betrachtungszeitraums von 12 Monaten werden mögliche Marktschwankungen sowohl für Zinsen, Spreads und Aktienkurse unterstellt. Diese werden in Relation zu einem Risikolimit gesetzt, welches vom Vorstand im Rahmen der Risikotragfähigkeit festgelegt wird.

Die Limitauslastung der Marktpreisrisiken wird vierteljährlich als Teil der Berichterstattung zur Risikotragfähigkeit an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse berichtet.

Auf Grund des konservativen Portfolios der Sparkasse bestehen Risikokonzentrationen im Marktsegment Eurostaaten, Bundesländer und Öffentliche Pfandbriefe (durch die Zusammensetzung der Deckungsstöcke).

Zinsänderungsrisiken bestehen für das Anlagebuch der Sparkasse durch Fristeninkongruenzen zwischen den Aktiv- und Passivmitteln. Im Hinblick auf die nach wie vor steigende Präferenz der Kundschaft für Einlagen mit sehr kurzfristiger Zinsbindung und die zunehmende Wettbewerbsintensität hat die sachgerechte Steuerung der Zinsänderungsrisiken nach wie vor einen hohen Bedeutungswert.

Ausgehend von der aktuellen Zinssituation stellt ein Zinsanstieg als Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve, gegebenenfalls einhergehend mit einer Spreadeinengung ein hohes Risiko für die Sparkasse dar.

Des Weiteren würde eine lang anhaltende Niedrigzinsphase zu einer Erosion des Zinsüberschusses im weiteren Zeitverlauf führen.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Sparkasse erfolgt GuV-basiert. Das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuches wird vierteljährlich analysiert und überwacht. Dazu setzt die Sparkasse das Konzept der Margenplanung (Ablaufkationen) ein. Die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos erfolgt dabei sowohl für das aktuelle als auch das folgende Geschäftsjahr. Für die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos werden die SR Standardparameter für Marktpreisrisiken zu Grunde gelegt. Eine entsprechende Berichterstattung erfolgt an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Neben der periodischen Steuerungsebene berücksichtigt die Sparkasse bei ihren Entscheidungen zusätzlich die Auswirkungen auf den aufsichtsrechtlichen Zinsrisikokoeffizienten. Gegebenenfalls bestehende Risikokonzentrationen in Laufzeitbändern werden durch die Steuerung des Gesamtbank-Zinsbuch-Cashflows entsprechend berücksichtigt.

Das periodische Spreadrisiko als Teil des Marktpreisrisikos wird unter der Annahme einer deutlichen Spreadausweitung innerhalb eines 12-Monats-Zeitraums ermittelt.

Das Marktpreisrisiko beläuft sich auf 5,6 Mio. EUR im Risikoszenario für einen Prognosezeitraum von einem Jahr.

Nach dem Prinzip der verlustfreien Bewertung des Zinsbuches ergab sich kein Rückstellungsbedarf für Zinsänderungsrisiken.

4.6 Liquiditätsrisiken

Die kurzfristige Liquidität ist durch eine abgestimmte Disposition sichergestellt. Zu diesem Zweck werden neben den laufenden Guthaben auch situativ Termingelder unterhalten oder aufgenommen. Zudem kann sich die Sparkasse über Offenmarktgeschäfte bei der EZB refinanzieren.

Die langfristige Liquidität der Sparkasse ist daher nachhaltig gegeben. Die Sparkasse verfügt über eine breit aufgestellte, durch das Retailgeschäft bestimmte, Refinanzierungsbasis. Risikokonzentrationen bestehen daher nicht.

Das Liquiditätsrisikoreporting erfolgt vierteljährlich an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Daneben wird die quantitative Einhaltung des Ampelmodells monatlich überwacht und der Vorstand im Rahmen eines Management-Information-Systems über den Ampelstatus informiert.

Des Weiteren hält die Sparkasse entsprechend den Regelungen der MaRisk eine Notfallplanung zur Liquiditätsbeschaffung vor, welche regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

Mit einer LCR-Kennziffer (deIVO) von 301,83 % zum 31. Dezember 2017 verfügt die Sparkasse über eine komfortable Liquiditätsausstattung. Zur Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement nutzt die Sparkasse ein Ampelmodell zur Überwachung des Risikos. Dabei wird auf Basis von Szenarioanalysen das potentielle Liquiditätsrisiko ermittelt. Das Unterschreiten definierter Schwellenwerte führt zu einer Ad-hoc-Berichtspflicht an den Vorstand. Somit ist die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Sparkasse unverändert gesichert.

Der hohe Anteil refinanzierungsfähiger Kundendarlehen und refinanzierungsfähiger Eigenanlagen im Bereich der Liquiditätsreserve auf der Aktivseite in Verbindung mit dem hohen Anteil der Kundeneinlagen auf der Passivseite der Bilanz sind auch in der Zukunft wesentliche Säulen einer guten Liquiditätslage für die Sparkasse.

4.7 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bestehen latent im Kreditgeschäft im Rahmen der Gestaltung der Kredit- und Sicherheitenverträge. Hier ist sichergestellt, dass stets die jeweils aktuellen Verträge des Deutschen Sparkassenverlages zum Einsatz kommen und dass die Mitarbeiter in ausreichendem Maße über Rechtsänderungen und deren Auswirkungen informiert werden.

Die operationellen Risiken aus der Vertragsgestaltung im Wertpapiergeschäft werden wie im Kundengeschäft ebenfalls durch den Einsatz der jeweils aktuellen Vordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und die obligatorischen Schulungen für alle Kundenberater minimiert.

Im Depot A-Bereich werden die von den Spitzenverbänden der Deutschen Kreditwirtschaft empfohlenen Rahmenverträge eingesetzt und die allgemeinen Handelsusancen beachtet.

Betriebsrisiken werden insbesondere im technischen und organisatorischen Bereich gesehen. Für den technischen Bereich (Ausfall von Soft- und Hardware sowie von Kommunikationsmitteln) existiert ein Notfallkonzept. Um organisatorische Risiken zu verhindern, wird konsequent an einem schlanken und effizienten Regelungs- und Kompetenzsystem gearbeitet. Dabei wird auch den Anforderungen des internen Kontrollsystems Rechnung getragen.

Zur Steuerung der operationellen Risiken besteht ein Schwerpunkt in der Identifizierung und Früherkennung dieser Risiken. Dazu hat die Sparkasse die Verfahren des DSGVO, „Risikolandkarte“ und „Schadensfalldatenbank“, implementiert.

Das Operationelle Risiko beläuft sich auf 0,2 Mio. EUR im Risikoszenario für einen Prognosezeitraum von einem Jahr.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat erfolgt in jährlichem Rhythmus. In 2017 gab es Aufwendungen für Schadensfälle i. H. v. 0,04 Mio. EUR.

4.8 Beurteilung der Risikolage

Die Risikolage der Sparkasse wird unverändert im Wesentlichen durch Marktpreisrisiken bestimmt. Hierbei können insbesondere kurzfristig sehr deutlich steigende Zinsen zu einer Belastung der Ertragslage führen. Marktpreisrisiken werden durch die Sparkasse für den Stressfall regelmäßig simuliert. Daneben haben Adressenrisiken eine hohe Bedeutung, die Risiken werden durch eine vorsichtige Kreditpolitik und stringente Kreditüberwachung begrenzt.

Die Risikohöhe bewegte sich im Jahr 2017 im Risikoszenario innerhalb der eingeräumten Limite. Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2017 jederzeit gegeben.

Insgesamt führen die Risiken der Sparkasse auf Grund der soliden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und bestehenden Reservepositionen auch in Stressszenarien zu keiner bestandsgefährdenden Entwicklung.

Unter Berücksichtigung der Eigenmittelanforderungen durch die Capital Requirements Regulation (CRR) sowie der zugewiesenen Eigenmittelzuschläge ist die Risikotragfähigkeit nach derzeitigem Planungsstand auch in den Folgejahren angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- bzw. Substanzsituation der Sparkasse gegeben.

Die Sparkasse besitzt ein hinsichtlich Umfang, Komplexität und Risikogehalt ihrer Geschäfte angemessenes Risikomanagementsystem.

5. Prognose- und Chancenbericht

5.1 Perspektiven 2018³

Fortgesetzter Aufschwung der Weltwirtschaft – unter schwebenden Risiken

Die meisten aktuellen Prognosen aus Forschungsinstituten und internationalen Organisationen gehen für 2018 von einem fortgesetzten Aufschwung der Weltwirtschaft aus. Allerdings schweben einige große Risiken über diesem Ausblick.

Militärische Konflikte und Terror können jederzeit kurzfristige Schocks auslösen. Außerdem sind die Schuldenstände in vielen Ländern hoch, nicht nur in Bezug auf die Staatsverschuldung, sondern auch im privaten Sektor bei Haushalten und Unternehmen, etwa in China. Auch das kann zur Belastung und Wachstumsbremse werden.

Zu den politischen Störfaktoren gehören in Europa der Brexit und darüber hinaus die unklaren Perspektiven der institutionellen Weiterentwicklung der EU und des Euroraums.

All diese Risiken sind für Konjunkturprognosen kaum konkret zu kalkulieren. Die einschlägigen Vorhersagen gehen in ihren Hauptszenarien davon aus, dass die Wirtschaftsentwicklung nicht in größerer Dimension beeinträchtigt wird. Tatsächlich hat sich das Wachstum in den letzten Jahren immer wieder weitgehend immun gegenüber den komplexen Risikolagen erwiesen.

In Deutschland sind alle Voraussetzungen für weiteres Wachstum erfüllt

In einem solchen freundlichen außenwirtschaftlichen Umfeld kann auch die deutsche Wirtschaft ihren Aufschwung fortsetzen. Der Hauptantrieb stützt sich hierzulande aber auch auf die Binnennachfrage und ihre robusten Fundamente. Die gute Beschäftigungslage und Einkommensentwicklung sowie anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen, verleihen der deutschen Wirtschaft eine sehr solide Basis.

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt könnte 2018 insgesamt in der Größenordnung von 2,5 Prozent zulegen.

In Einklang mit der „Story“ eines reifen Aufschwungs mit 2018 als dem fünften Jahr in Folge mit einem Wachstum über dem Potenzialpfad und mit einer weiter steigenden Kapazitätsauslastung sollte die Investitionstätigkeit überproportional zulegen. Die Bundesbank veranschlagt für die Bruttoanlageinvestitionen einen Anstieg um gut vier Prozent, dabei – anders als noch 2017 – die Unternehmensinvestitionen mit über viereinhalb Prozent als die stärkere Teilkomponente im Vergleich mit dem Wohnungsbau. Aber auch der Wohnungsbau dürfte sich mit einem Produktionswachstum von annähernd drei Prozent immer noch recht dynamisch entwickeln.

Trotz der 2018 einmal mehr zu erwartenden neuen Rekordstände bei der Zahl der Erwerbstätigen bzw. trotz weiterer Rückgänge der Arbeitslosenquoten, die zunehmende Engpässe anzeigen, dürfte der Lohn- und Preisdruck 2018 noch überschaubar bleiben. Die meisten der gängigen Prognosen sehen auf der Ebene der Verbraucherpreise ähnliche Raten wie im Vorjahr voraus, wobei die Kernraten sich in der Nähe der Gesamtrate einpendeln dürften. Die Bundesbank sieht etwa bei den Nahrungsmittelpreisen eine leicht überdurchschnittliche, dafür bei den Energiepreisen eine unterdurchschnittliche Entwicklung voraus.

Der Euroraum, der 2017 sogar etwas stärker als Deutschland gewachsen ist, dürfte auch 2018 wieder eine vergleichbar gute Rate erreichen.

³ DSGVO-Rundschreiben „Gesamtwirtschaftlicher Jahresrückblick und –ausblick“

Die EZB hat sich weitgehend für das gesamte Jahr 2018 festgelegt. Ihre Anleihekäufe sind bereits beschlossen, bis mindestens September 2018 fortzusetzen, auch wenn das monatliche Kaufvolumen, startend mit dem Januar 2018, halbiert wurde. Erst nach dem Ende der Netto-Ankäufe will die EZB gemäß ihrer „Forward Guidance“ mit einer Anhebung der Leitzinsen beginneb.

Die Sparkasse hält es für problematisch, dass sich die EZB so lange auf den außerordentlichen expansiven Kurs festgelegt hat.

5.2 Kreditwirtschaft in Deutschland

Auch wenn die Ergebnisse der Kreditwirtschaft 2017 nur vereinzelte Warnsignale aussenden, haben sich die geschäftlichen Aussichten für die nächsten Jahre weiter eingetrübt.

Die anhaltende Niedrigzinsphase verbunden mit der sehr expansiven Geldpolitik der EZB wird nicht nur für die Kreditwirtschaft, sondern auch für Bausparkassen, Versicherungen und Altersvorsorgeeinrichtungen zur Bedrohung.

Gleichzeitig erhöhen sich die Investitionen in die IT, um Regulierung zu bewältigen und um im Wettbewerb, auch gegenüber FinTechs bestehen zu können sowie eine ausreichende IT-Sicherheit zu gewährleisten.

Aus Sicht einer kleinen Sparkasse geht jedoch die größte Gefahr von den Regulierungsaktivitäten aus.

Im Jahr 2017 hat sich auf breiter Front das neue Europäische Aufsichtsregime unter der Federführung der EZB weiter etabliert. Die neben der EZB beteiligten Akteure – Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die Deutsche Bundesbank und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) üben weiterhin ihr Zusammenwirken. Dabei ist – für kleine Kreditinstitute besonders unangenehm – zu spüren, dass die genannten Behörden sich besonders intensiv ihrer Aufgaben widmen und neue „aufsichtsrechtliche Nischen“ für sich entdecken.

Sowohl im Bereich Banksteuerung und Risikomanagement als auch im Verbraucherschutz werden Anforderungen formuliert, die mit der Lebenswirklichkeit einer kleinen Sparkasse im Nordosten Brandenburgs wenig zu tun haben. Dazu kommt der inzwischen große Umfang an Meldepflichten, deren Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit – ganz trivial und unspezifisch – lediglich mit der Finanzkrise der Jahre 2008/2009 begründet wird.

Getrieben durch eine unspezifische Angst vor der nächsten Finanzkrise steigt die Komplexität der Regulierung und begünstigt große Kreditinstitute, die – als volkswirtschaftliches Klumpenrisiken identifiziert – ursprünglich durch Regulierungsaktivitäten beschränkt werden sollten.

5.3 Prognosebericht für das Geschäftsjahr 2018

Das Wirtschaftsgeschehen in Schwedt wird unverändert durch die weniger konjunkturabhängigen Branchen Mineralölverarbeitung und Papierherstellung dominiert.

Die Grenzlage zu Polen „in der Mitte“ Europas bietet trotz der politischen Veränderungen in Polen gute Chancen für die Schwedter Wirtschaft. Diese Perspektive ist im Hinblick auf die anhaltend schrumpfende Bevölkerungszahl, die Arbeitslosigkeit und das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsgebietes von hoher Bedeutung.

Bei der sehr hohen Marktdurchdringung und der negativen demographischen Entwicklung im Geschäftsgebiet geht die Sparkasse von Rückgängen im Einlagenbereich aus. Im Kundenkreditgeschäft plant die Sparkasse mit weiteren moderaten Zuwächsen. Demgegenüber wird der Eigenanlagenbestand mit Rückgängen prognostiziert. Auf Grund der anhaltenden Niedrigzinsphase wird sich der Zinsüberschuss um gut 0,7 Mio. Euro auf 9,1 Mio. weiter verringern.

Aufgrund der beschriebenen Rahmenbedingungen hat die Sparkasse das Restrukturierungsprogramm „Fit für 2020“ umgesetzt. Dabei stehen die Begrenzung von Sach- und Personalkosten im Fokus. Einschnitte im Personalbereich erfolgen grundsätzlich auf freiwilliger Basis sowohl durch attraktive Angebote zur Arbeitszeitreduzierung sowie zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen.

Gleichzeitig investiert die Sparkasse weiter in effiziente Prozesse und moderne Technik. Dadurch soll auch eine Verbesserung des Provisionsüberschusses erreicht werden. Die Ergebniswirkungen aus „Fit für 2020“ werden in den Jahren ab 2021 in vollem Umfang eintreten.

Auf Basis einer konstant hohen Kundenzufriedenheit (Note „gut“) und einem wieder erfolgreicherem Verbundgeschäft wird der Provisionsüberschuss 2018 auf 3,1 Mio. EUR steigen. Unattraktive Einlagenzinsen werden weiterhin zu einer erhöhten Nachfrage im Kundenwertpapiergeschäft führen.

Die Sachaufwendungen werden gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,2 Mio. EUR auf 3,3 Mio. EUR sinken. Der Personalaufwand wird aufgrund von Personalabbau im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen mit 5,4 Mio. EUR unter dem Niveau des Vorjahres geplant.

Dabei hat die Sparkasse unverändert im Blick, die Qualität des Personals durch entsprechende Bezahlung sowie den individuellen Anforderungen entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten zu sichern. Dazu plant die Sparkasse weiterhin ein Weiterbildungsbudget von durchschnittlich 1,2 TEUR pro Mitarbeiter und Jahr.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird deutlich unter dem Niveau von 2017 in einer Größenordnung von 3,2 Mio. EUR erwartet. Damit wird die Cost-Income-Ratio mit 73 Prozent die strategische Zielmarke von 75 Prozent unterschreiten, nachdem dieser Wert 2017 bei 68,7 Prozent lag. Mit Blick auf das extrem niedrige Zinsniveau beträgt die strategische Zielmarke weiterhin 75 Prozent.

Die Sparkasse plant ihr Risikobudget 2018 leicht erhöht mit 1,5 Mio. EUR. Dies erscheint mit Blick auf die günstige Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft und die breite Diversifizierung der Eigenanlagen (bei Einlösungsverlusten fälliger Titel) angemessen.

Aus dem Betriebsergebnis vor Steuern wird – nach Abzug des Steueraufwands – das wirtschaftliche Eigenkapital lediglich in einer Größenordnung von 0,9 Mio. EUR dotiert werden können.

5.4 Ausblick

Die Sparkasse erwartet für die Jahre nach 2018 ein unverändert sehr niedriges Zinsniveau. Das führt zu einem weiteren Rückgang des Zinsüberschusses.

Das Wiederanlagerisiko wird von der Sparkasse, trotz des niedrigen Zinsniveaus, als vertretbar eingeschätzt. Die Sparkasse wird bestehende Marktchancen bei der Wiederanlage der Eigenanlagen nutzen. Durch eine ausgeprägte Diversifizierung sollen die damit einhergehenden Markt- und Adressrisiken, bei gleichzeitiger Optimierung des Ertrages, begrenzt werden.

Im Zuge der Umsetzung von „Fit für 2020“ wird das Provisionsgeschäft weiter ausgebaut, der Provisionsüberschuss soll damit deutlich steigen. Dies wird auch durch die weitere Umsetzung der Marktbearbeitungsstrategien erreicht.

Die Jahre 2019 bis 2021 werden durch im Wesentlichen unveränderten Personalkosten und Sachaufwendungen geprägt. Für die Personalkosten ist allerdings auch die Höhe der Tarifabschlüsse von zentraler Bedeutung.

Der Vorstand geht mittelfristig von einer noch auskömmlichen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse aus.

5.5 Chancen- und Risikenbericht

Durch den hohen Marktanteil sind bei einer noch besseren Potentialausschöpfung zusätzliche Erträge möglich. Wirkungsvolle und effiziente Strukturen und Prozesse bieten die Chance zu Kosteneinsparungen.

Die Finanzkrise hat zwar die Reputation der Kreditwirtschaft nachhaltig beschädigt. Als kleine Sparkasse mit einer für die Kunden hohen Transparenz über die Geschäftspolitik und die Entscheidungsträger, ist die Stadtsparkasse Schwedt von diesem Vertrauensverlust weit weniger betroffen als größere Kreditinstitute. Davon wird die Sparkasse im günstigen Fall über die unter Ziffer 5.3 dargestellten Ergebnisse und die in unter Ziffer 5.4. beschriebenen Trends hinaus profitieren.

Die folgenden Risiken können die Entwicklung der Sparkasse negativ beeinflussen:

- a) durch Umsetzung aufsichtsrechtlicher Maßnahmen verursachte Kosten und geschäftliche Beeinträchtigungen
- b) ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus
- c) Verwerfungen an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten.

Schwedt, 2018-03-23

Dietrich Klein

Jürgen Dybowski

Anhang

0. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss 2017 der Stadtparkasse Schwedt wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BILRUG) aufgestellt.

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden ergänzenden Vorschriften (§§ 340 ff. HGB)

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir mit dem Nennwert bilanziert.

Bei Darlehen wird der Differenzbetrag zwischen Nennwert und niedrigeren Auszahlungsbetrag in den Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig. Im Fall von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung.

Von Dritten erworbene Schuldscheinforderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Bei den Forderungen an Kunden wurde dem akuten Ausfallrisiko durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigung wurde ein zehnjähriger Betrachtungszeitraum berücksichtigt und es wurde kein Abschlag vom durchschnittlichen Forderungsausfall berücksichtigt.

Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- und Nominalwerten vorgenommen worden.

Wertpapiere

Die Ermittlung der Anschaffungskosten der Wertpapiere erfolgte nach der Durchschnittsmethode. Die Bewertung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens erfolgten zum strengen Niederstwertprinzip. Wertaufholungen werden durch Zuschreibungen auf den höheren Kurs, maximal aber bis zu den Anschaffungskosten, berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Wertpapieren wurde der beizulegende Wert aus einem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet.

Bei den Wertpapierleihegeschäften verbleibt das wirtschaftliche Eigentum der Wertpapiere beim Verleiher und die verliehenen Wertpapiere werden unverändert in den originären Bilanzposten bilanziert.

Die Lieferansprüche aus Wertpapierdarlehen werden unter Berücksichtigung der Börsenwerte der verliehenen Wertpapiere nach dem strengen Niederstwert bewertet.

Bei dem im Bestand gehaltenen Spezialfonds und den Anteilen an Investmentvermögen ist für die Bewertung grundsätzlich der nach investmentrechtlichen Grundsätzen bestimmte Rücknahmepreis maßgeblich.

Beteiligungen

Beteiligungen wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen aus den Vorjahren wurden unverändert beibehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagevermögen

Entgeltlich erworbene Software wurde nach den Vorgaben des IDW-Rechnungslegungsstandards „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Sie ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden, wobei eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren zugrunde gelegt wurde.

Die planmäßigen Abschreibungen für Gebäude des Anlagevermögens wurden linear mit 3 % vorgenommen, das entspricht einer Nutzungsdauer von 33 Jahren.

Bei Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen des Anlagevermögens erfolgten die planmäßigen Abschreibungen wie folgt.

01.01.2002 – 31.12.2008	lineare Abschreibung
01.01.2009 – 31.12.2009	degressive Abschreibung (unter Anwendung des von der Bundesregierung am 05. November 2008 beschlossenen Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“)
01.01.2010 – 31.12.2017	lineare Abschreibung

Bei Anwendung der degressiven Abschreibung wechselt die Sparkasse zur linearen Abschreibungsmethode, sobald letztere höhere Abschreibungsbeträge ermöglicht.

Bei Mieterein- und -umbauten erfolgte die Abschreibung nach den für Gebäude maßgeblichen Grundsätzen bzw. nach der kürzeren betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern entsprechen den Vorschriften des EStG bzw. den amtlichen AfA-Tabellen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sowie Software mit Anschaffungskosten bis 150,00 EUR sind im Erwerbsjahr voll abgeschrieben worden. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten über 150,00 bis 1.000,00 EUR sowie Software bis 410,00 EUR wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre linear Gewinn mindernd aufzulösen ist.

Die in früheren Geschäftsjahren vorgenommenen steuerrechtlichen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wirken sich unter Inanspruchnahme der Übergangsregelung des Artikel 67 Abs. 4 EGHGB im vorliegenden Jahresabschluss unwesentlich aus.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Niederstwert angesetzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert worden. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Laufzeit erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Rentensteigerungen von 1,9 %, jedoch ohne zukünftig zu erwartende Lohn- und Gehaltssteigerungen ermittelt.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden mit einem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahre ergibt. Der Rechnungszinssatz für Pensionen beträgt 3,68 %.

Bei der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen wurde unterstellt, dass sich der Verpflichtungsumfang sowie der Rechnungszinssatz erst zum Ende der Periode ändern. Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen wurden im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Die übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt. Rückstellungen von mehr als einem Jahr wurden mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Von dem Abzinsungswahlrecht, bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger abzuzinsen, wurde kein Gebrauch gemacht.

Bei den Restlaufzeiten zwischen 2 und 10 Jahren ergaben sich Zinssätze zwischen 1,36 % und 2,45 %.

Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen wurde davon ausgegangen, dass eine Änderung des Abzinsungszinssatzes zu Beginn der Periode eintritt, sodass der Buchwert der Verpflichtungen mit dem Zinssatz zu Beginn der Periode aufgezinst wurde.

Entsprechendes gilt für eine Änderung des Verpflichtungsumfangs; bei einem teilweisen Verbrauch der Rückstellung vor Ablauf der Restlaufzeit gilt die Annahme, dass dieser Verbrauch erst zum Ende der jeweiligen Periode in voller Höhe erfolgt.

Aufwendungen aus der Aufzinsung der anderen Rückstellungen wurden im Zinsergebnis bzw. im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Für die unwiderrufliche Verpflichtung neben den jährlichen Beitragszahlungen zusätzliche Beiträge in den Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes gemäß den Grundsätzen der zur risikoorientierten Beitragsbemessung des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe zu leisten, wurden Rückstellungen in Höhe von 290,0 TEUR (Barwert) gebildet. Auf die Ausführungen zu den künftigen Einzahlungsverpflichtungen in das nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 43 des Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkanntes Einlagensicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe unter Abschnitt „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ (§ 285 Nr. 3a HGB) wird verwiesen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Strukturierte Produkte

Die strukturierten Produkte

- Festzinsdarlehen mit optionalen Sondertilgungsrechten
- Forward-Darlehen
- Forward-Zinsvereinbarungen
- Schuldscheindarlehen mit Mindestzinsklausel

wurden einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)

Alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands (Bankbuch) wurden in eine Gesamtbetrachtung einbezogen, der die Methodik der barwertorientierten Betrachtungsweise zugrunde liegt. Nach dem Prinzip der verlustfreien Bewertung von Zinsrisiken im Jahresabschluss von Kreditinstituten ergibt sich die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur insoweit, dass der Buchwert des Bankbuchs größer ist als der Barwert des Bankbuchs. Aus der Überprüfung zum Bilanzstichtag ergab sich kein Rückstellungsbedarf für Zinsänderungsrisiken, da der Netto-Buchwert aller zinstragenden Positionen durch den kongruent ermittelten Netto-Barwert unter Berücksichtigung der dem Zinsbuch zurechenbaren Risiko- und Verwaltungskosten überdeckt wurde.

Währungsumrechnung

Die Sortenbestände wurden zum Ankaufskurs der Helaba umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Die Erfolge aus der Umrechnung der Sortenbestände wurden vollständig erfolgswirksam vereinnahmt.

II. Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite:

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale 15.258.046,90 Euro

Posten 4: Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
Forderungen an verbundene Unternehmen:	0,00	1.408.908,67
Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:	1.294.818,82	1.260.461,33
Forderungen mit Nachrangabrede:	438.000,00	438.000,00

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	144.286.441,15 Euro
nicht börsennotiert	3.968.397,26 Euro

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

- Bestand am Bilanzstichtag 92.305.510,70 Euro

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	3.133.840,00 Euro
nicht börsennotiert	5.000.366,80 Euro

In diesem Posten ist der Spezialfonds der Sparkasse enthalten. Die Sparkasse ist alleinige Eigentümerin des Spezialfonds.

Klassifizierung nach Anlagezielen	Buchwert - TEUR -	Marktwert/ Anteilwert - TEUR -	Differenz zwischen Marktwert und Buchwert - TEUR -	(Ertrags-) Ausschüttungen für das Geschäftsjahr - TEUR -
Mischfonds	80.623	91.331	10.708	1.819

Das dargestellte Investmentvermögen unterlag zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

Bei Anteilen an offenen Immobilienfonds, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, sind vertraglich geregelte Rückgabefristen zu beachten.

Bei Nichtbeachtung dieser Fristen wird durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft ein Rückgabeabschlag erhoben. Dieser Rückgabeabschlag wurde bei der Bewertung dann berücksichtigt, wenn eine vorfristige Rückgabe der Anteile beabsichtigt ist.

Posten 7: Beteiligungen

Beteiligungsspiegel:

Name und Sitz	Eigenkapital	Beteiligungs- quote	Ergebnis 2017
	Euro	%	Euro
Ostdeutscher Sparkassenverband, Berlin	161.213.608,92	0,47	0,0
Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Landes Brandenburg mbH, Potsdam	26.000,00	1,92	-343,46
Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Landes Brandenburg mbH & Co. KG, Potsdam	8.827.811,58	1,93	437,97
Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Landes Brandenburg mbH, Potsdam	5.112.850,00	4,40	103.304,47
S-Direkt Marketing GmbH & Co. KG, Wiesbaden	3.523.000,00	0,74	0,0

Posten 12: Sachanlagen

Die für sparkassenbetriebliche Zwecke genutzten Grundstücke und Bauten haben einen Bilanzwert in Höhe von

2.165.280,96 Euro

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt

1.108.184,00 Euro

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten oder Anleihen	2.880,02	5.863,85

Posten 15: Aktive latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2017 Steuerlatenzen.

Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen, die im Wesentlichen aus den Beteiligungen der Sparkasse an Personenhandelsgesellschaften und aus negativen besitzanteiligen (Anleger-) Aktiengewinnen bei Anteilen an Investmentvermögen resultieren, durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden insbesondere bei der Forderungs- und Wertpapierbewertung und aus positiven besitzanteiligen (Anleger-) Aktiengewinnen bei Anteilen an Investmentvermögen.

Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte bilanzpostenbezogen unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 28,075 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen, wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

Mehrere Posten betreffende Angaben:

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung
lautenden Sortenbestände beläuft
sich auf

8.357,36 Euro

Anlagenspiegel

		Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)										
		Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Schuldschein-darlehen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen				
Entwicklung der Anschaffungs- /Herstellungskosten	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	0,0	6.044,0	213,5	0,0	1.429,8	5,4	-4,8				
	Zugänge	1.278,0	163,7	2,2								
	Abgänge	0,0	84,8	0,0								
	Umbuchungen	920,1	-920,1	0,0								
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	2.198,2	5.202,6	215,7								
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	0,0	3.955,9	211,5	0,0	1.429,8	5,4	-4,8				
	Abschreibungen im Geschäftsjahr	5,3	251,0	1,3								
	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	0,0	0,0	0,0								
	Änderung der gesamten Abschreibungen	im Zusammenhang mit Zugängen	0,0	0,0					0,0			
		im Zusammenhang mit Abgängen	0,0	84,8					0,0			
		im Zusammenhang mit Umbuchungen	27,6	-27,6					0,0			
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	32,9	4.094,5	212,8	0,0	1.429,8	5,4	-4,8					
Buch-werte	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	2.165,3	1.108,2					2,9	10.000,0	8.548,6	945,4	0,0
	Stand am 31.12. des Vorjahres	0,0	2.088,0					2,0	10.000,0	7.118,8	940,0	4,8

Die Abschreibungen des laufenden Jahres sind kein rechnerischer Bestandteil des Anlagenspiegels. Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Spalte Anschaffungskosten ist wegen der Anwendung von § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV nicht möglich.

Passivseite:

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände beläuft sich auf 227.381,96 Euro.

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	86,78

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2017 Euro	31.12.2016 Euro
Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren Nominalwert sind enthalten in Höhe von	106,61	203,10

Posten 7: Rückstellungen

Der bilanzielle Ansatz der Pensionsrückstellungen in Höhe von 1.711,4 TEUR wurde nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ermittelt. Auf Basis des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt der Erfüllungsbetrag der Pensionsrückstellungen 1.917,1 TEUR. Der Unterschiedsbetrag in Höhe von 205,7 TEUR unterliegt einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen und andere Aufwendungen in Höhe von 171.511,74 Euro angefallen.

Die einzelnen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % des Gesamtbetrages übersteigen, sind wie folgt ausgestattet:

Volumen in Euro	Zinssatz (%)	Fälligkeit am	Vorzeitiger Betrag/ Rückzahlungsverpflichtung
1.000.000,00	4,87	26.03.2018	nein
1.000.000,00	2,22	12.04.2027	nein

Die Bedingungen der Nachrangigkeit bei diesen Mitteln entsprechen § 10 Abs. 5 a KWG a. F. und Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR).

Die (sonstigen) Mittelaufnahmen sind im Durchschnitt mit 3,771 % verzinst.

Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 7 und 10 Jahren.

Im Folgejahr werden Mittelaufnahmen in Höhe von 1.270,7 TEUR zur Rückzahlung fällig.

Passiva unter dem Strich:

1. Eventualverbindlichkeiten

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat der Hauptbeteiligte gegenüber dem Unterbeteiligten Anspruch auf Ersatz seiner Finanzierungskosten, sofern die von der Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG erzielten Erträge nicht ausreichen, die Finanzierungskosten zu begleichen. In einem solchen Fall hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendersersatz (Zinsen und Darlehensverbindlichkeiten) einzustehen. Die Sparkasse hat darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, für anfallende Zinsen aus einer Darlehensschuld des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (Unterbeteiligter) einzustehen. Ein Betrag, zu dem die Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis künftig greifen kann, ist nicht quantifizierbar.

2. Andere Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehende, noch nicht eingeforderte verbindliche Zeichnungszusagen auf geschlossene Immobilienfondsanteile in Höhe von 434,1 TEUR wurden nicht unter den unwiderruflichen Kreditzusagen ausgewiesen, sondern sind als sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3a HGB einzustufen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft (freiwillige Institutssicherung). Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Ziel dabei ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch sämtliche Einlagen der Kunden.

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt (gesetzliche Einlagensicherung). Unabhängig von der Institutssicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem jedenfalls einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen i. S. v. § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen gem. § 8 EinSiG (derzeit 100.000 Euro pro Person).

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat das bisherige System der freiwilligen Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beibehalten. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des EinSiG und wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem anerkannt.

Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen im Rahmen der freiwilligen Institutssicherung zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Der Einlagensicherungsfall hingegen würde von der BaFin festgestellt. In diesem Fall hat das Sicherungssystem die Funktion der Auszahlungsstelle.

Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation besitzt ein effizientes Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der verfügbaren Mittel (Barmittel und Nachschusspflichten).

Die künftigen Einzahlungsverpflichtungen in ein nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 43 EinSiG als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe („Sicherungssystem“) belaufen sich am Bilanzstichtag auf insgesamt 792,7 TEUR. Bis zum Erreichen des individuellen Zielvolumens in 2024 sind jährliche Beiträge zu entrichten. Für einen Betrag in Höhe von 450,0 TEUR wurden aufgrund einer im Geschäftsjahr 2015 erteilten unwiderruflichen Verpflichtungserklärung zur Zahlung von zusätzlichen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes Rückstellungen ausgewiesen. Auf die Ausführungen unter I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Posten: Rückstellungen wird verwiesen.

Die Stadtparkasse Schwedt ist aufgrund der Anwendung des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) verpflichtet, für die anspruchsberechtigten Mitarbeiter eine zur betrieblichen Altersversorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse (Brandenburg) abzuschließen.

Die Sparkasse hat diese Verpflichtung durch Anmeldung der betreffenden Mitarbeiter bei der Zusatzversorgungskasse (Brandenburg) erfüllt. Träger ist der Kommunale Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – (KVBbg-ZVK) mit Sitz in Gransee.

Die KVBbg-ZVK finanziert die Versorgungsverpflichtungen im Kombinationsmodell. Bei diesem Modell werden die Ansprüche der Bestandsrentner und der Versicherten aus dem Gesamtversorgungssystem und ein bestimmter Anteil der neu entstehenden Anwartschaften aus dem Punktemodell durch Umlage finanziert. Die Finanzierung übriger, neu entstehender Anwartschaften aus dem Punktemodell erfolgt durch kapitalgedeckte Zusatzbeiträge. Der von der Sparkasse alleine zu tragende Umlagesatz beträgt derzeit 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter. Der Zusatzbeitrag beträgt derzeit 4,6 % und wird jeweils hälftig von der Sparkasse und dem Arbeitnehmer getragen. Maßgeblich für die Höhe der Rentenleistung ist die Summe der vom Versicherten bis zum Rentenbeginn erworbenen so genannten Versorgungspunkte, die auf der Basis des jeweiligen versorgungspflichtigen Entgelts ermittelt werden. Neben der lebenslangen Altersrente werden Rentenleistungen auch im Fall der Erwerbsminderung sowie im Todesfall an die Hinterbliebenen erbracht. Die Rentenleistungen werden jährlich um 1,0 % angehoben.

Die Durchführung der Versorgungszusage über die KVBbg-ZVK begründet eine mittelbare Versorgungsverpflichtung, die die Sparkasse durch regelmäßige Zahlung der satzungsmäßig geforderten Umlagen und Zusatzbeiträge erfüllt.

Aufgrund der oben benannten Kombinationsfinanzierung besteht bei der Zusatzversorgungskasse eine (rechnerische) Unterdeckung, die jährlich vom verantwortlichen Aktuar der Zusatzversorgungskasse festgestellt wird. Hieraus ergibt sich als Gesamtbetrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung der auf den einzelnen Arbeitgeber entfallene Anteil der (rechnerischen) Unterdeckung durch Multiplikation mit dem für den Arbeitgeber maßgeblichen Anteilsatz. Für die Ermittlung des Anteilsatzes wird zunächst für jeden einzelnen bei der KVBbg-ZVK pflichtversicherten Arbeitnehmer der versicherungsmathematische Barwert seiner vom Bilanzstichtag bis zum Eintritt des Versicherungsfalls für die Umlagebemessung maßgeblichen zusatzversorgungspflichtigen Entgelte berechnet. Als Rechnungsgrundlagen werden die „Richttafeln 2005 G“ von K. Heubeck und ein Rechnungszinsfuß von 5,0 % p. a. verwendet. Das rechnungsmäßige Pensionsalter wird mit dem frühestmöglichen Zeitpunkt des Beginns der vorzeitigen Altersrente nach § 36 i. V. m. §§236 und 237a SGB VI in Ansatz gebracht. Eine Entgeltodynamik wird nicht berücksichtigt.

Der für den einzelnen Arbeitgeber maßgebliche Anteilsatz ergibt sich als Verhältnis aus der Summe der für den Teilbestand der über den einzelnen Arbeitgeber pflichtversicherten Arbeitnehmer ermittelten Barwerte zur Summe der für den Gesamtbestand der Pflichtversicherten der KVBbg-ZVK ermittelten Barwerte. Dabei wird zwar sowohl für den Teilbestand als auch für den Gesamtbestand von den Verhältnissen am Bilanzstichtag

ausgegangen, jedoch von den persönlichen Daten, die in dem Gutachten vom 5. April 2017 über die versicherungstechnische Bilanz für die Pflichtversicherung zum 31. Dezember 2016 erfasst sind.

Der Betrag der (rechnerischen) Unterdeckung zum Bilanzstichtag wurde aus dem Betrag der im oben genannten Gutachten ermittelten Soll-Deckungsrückstellung und dem Betrag des Vermögens der KVBbg-ZVK zum 31. Dezember 2016 nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf den 31. Dezember 2017 fortgeschrieben.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ergibt sich der auszuweisende Gesamtbetrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung unter Berücksichtigung des Vermögens der KVBbg-ZVK wie folgt:

(Rechnerische) Unterdeckung der KVBbg-ZVK zum 31.12.2017	374.000.000 EUR
Maßgeblicher Anteilsatz für den Arbeitgeber Stadtparkasse Schwedt	0,16163 %
Auszuweisender Gesamtbetrag für mittelbare Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung	604.496 EUR

Restlaufzeitengliederung

Die gemäß § 9 RechKredV geforderte Gliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten ergibt sich für die folgenden Posten:

Posten der Bilanz	Restlaufzeit bis zu 3 Monaten	- mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr	- mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	- mehr als 5 Jahre
	Angaben in Euro			
Aktiva 3 b) andere Forderungen an Kreditinstitute	0,00	0,00	10.000.000,00	0,00
Aktiva 4 Forderungen an Kunden	5.668.308,13	18.006.165,52	86.715.233,13	118.310.831,65
Passiva 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	172.298,76	586.944,60	2.727.290,98	6.068.986,75
Passiva 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	55.450,15	0,00	92.725,30	14.413,64
Passiva 2 b bb) Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.527.284,56	6.444.638,34	9.110.288,68	970.661,86

Anteilige Zinsen der jeweiligen Aktiv- und Passivposten werden gemäß § 11 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten aufgegliedert.

Angabe der Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen):

	Euro
Posten Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.308.900,00

Im Posten Aktiva 4, Forderungen an Kunden, sind Forderungen in Höhe von 5.281.274,63 Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1: Zinserträge

Im Rahmen der Mindestreservehaltung, der Bargeldversorgung und Liquiditätshaltung hat die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr negative Zinsen gezahlt. Diese Negativzinsen wurden im GuV-Posten 1a mit den Zinserträgen, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, durch offene Absetzung in einer zusätzlichen Vorspalte verrechnet.

Posten 2: Zinsaufwendungen

Bei einzelnen Geschäftsvorfällen kommt es aufgrund der Auswirkungen des vorherrschenden Niedrigzinsumfeldes dazu, dass die Sparkasse für die Hereinnahme von Einlagen eine Vergütung (positive Zinsen) erhält. Diese positiven Zinsen wurden im GuV-Posten 2 mit den Zinsaufwendungen, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, durch offene Absetzung in einer zusätzlichen Vorspalte verrechnet.

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Position enthält Mietzahlungen aus einem Immobilien-Leasing-Vertrag mit einer vertraglich festgelegten Mietzeit von 22,5 Jahren seit dem 01. März 1995 in Höhe von 189.764,04 Euro.

Posten 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 178.751,79 Euro.

Posten 23: Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen fast ausschließlich auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

Posten 25: Jahresüberschuss

Der einer Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB und § 268 Abs. 8 HGB unterliegende Gesamtbetrag in Höhe von 205,7 TEUR resultiert aus dem aktuellen Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren anstelle eines durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung:

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 wird gemäß § 27 BbgSpkG in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt.

IV. Sonstige Angaben

Den Organen der Sparkasse gehören an:

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Bürgermeister

Stellvertretender Vorsitzender

Lichtenberg, Wolfgang

Projektleiter (Diplomingenieur Landtechnik)

Mitglieder

Barsch, Detlef
Engelmann, Kai
Grunwald, Elke
Giese, Jutta
John, Lars
Kirsch, Ingeborg
Monzert, Enrico

Bereichsleiter Betriebsorganisation
Firmenkundenberater
Rentnerin (Betriebswirtin Bauwesen)
Rentnerin (Sozialpädagogin)
Privatkundenberater
Rentnerin (Diplombetriebswirtin)
Leiter Rechnungswesen
(Diplomwirtschaftsingenieur)

Stellvertretende Mitglieder

Ohlbrecht, Jörg
Schindler, Frank
Nadje, Michael

Geschäftsführer
Vermögenskundenberater
Geschäftsführer

Vorstand:

Vorsitzender

Klein, Dietrich

Mitglied

Dybowski, Jürgen

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die den reibungslosen Geschäftsablauf und die prognostizierten Ergebnisse der nächsten zwei Jahre beeinträchtigen könnten, sind aus heutiger Sicht nicht bekannt.

Mit nahe stehenden Unternehmen und Personen haben wir ausschließlich marktübliche Geschäfte abgeschlossen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 27,4 TEUR.

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstandes und der früheren Mitglieder des Vorstandes wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
Die Pensionsrückstellungen für die früheren Mitglieder des Vorstandes betragen am 31.12.2017 755,7 TEUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite in Höhe von 25,7 TEUR und den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden Kredite Höhe von 260,5 TEUR gewährt.

Im Geschäftsjahr wurde von dem Abschlussprüfer folgendes Gesamthonorar berechnet:

▪ für die Abschlussprüfungsleistungen		188,1 TEUR
▪ für andere Bestätigungsleistungen		0,0 TEUR
darunter:		
für Prüfungen nach § 36 WpHG (einschließlich Depotprüfung)	0,0 TEUR	
▪ für sonstige Leistungen		0,0 TEUR

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	44
Teilzeitkräfte	41
Insgesamt	<u>85</u>

nachrichtlich:

Auszubildende	7
---------------	---

Schwedt, 23. März 2018

Vorstand